

# Was ist der Überfall auf eine Bank gegen die Gründung einer Bank?

Internationale Finanzinstitutionen und ihre Rolle in der  
internationalen Entwicklung

*Artikel 21 des Vertrages über die Europäische Union  
gibt der internationalen Zusammenarbeit der EU einen  
klaren Kompass an die Hand, auf welche Grundsätze  
zu achten ist.*

urgewald  
Von Galen Straße 4  
48336 Sassenberg

Berliner Büro  
Marienstraße 19/20  
10117 Berlin  
[www.urgewald.org](http://www.urgewald.org)

Autorin: Regine Richter (V.i.S.d.P.)  
Dank an Korinna Horta, Kathrin Petz, Knud Vöcking  
Dezember 2017



Diese Veröffentlichung wurde mit der finanziellen Unterstützung durch die Europäische Union erstellt. Der Inhalt liegt in der alleinigen Verantwortung von urgewald und stellt unter keinen Umständen eine Position der Europäischen Union dar.



# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Artikel 21 – Leitschnur für die EU-Zusammenarbeit</b>	<b>04</b>
<b>2. Internationale Finanzinstitutionen – Einführung</b>	<b>08</b>
2.1 Weltbankgruppe	10
2.2 Europäische Investitionsbank (EIB)	12
2.3 Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB)	13
2.4 Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB)	14
2.5 Asiatische Entwicklungsbank (ADB)	15
2.6 Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)	16
2.7 Asiatische Infrastruktur Investitionsbank (AIIB)	17
2.8 Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)	18

# 1. Artikel 21 – Leitschnur für die EU Zusammenarbeit

In Zeiten von Brexit, Populismus, mangelnder Solidarität und in manchen Mitgliedsstaaten bedrohter Rechtsstaatlichkeit gerät die Grundidee der Europäischen Union bisweilen aus den Augen. Dabei sollte nach dem 2. Weltkrieg die Vernetzung der militärisch relevanten Wirtschaftssektoren verhindern, dass sich die ehemaligen Kriegsgegner wieder bekämpfen. Die wirtschaftliche Verflechtung schritt voran, aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde die Europäische Union, aus den Erzfeinden Deutschland und Frankreich der Motor der Gemeinschaft. Im Jahr 2012 wurde der EU gar der Friedensnobelpreis zugesprochen. So umstritten diese Ehrung sein mag, erklärte das Nobelkomitee, dass es den Blick auf das lenken wollte, was es als wichtigste Errungenschaft der EU sieht: den erfolgreichen Kampf für Frieden und Versöhnung und für Demokratie sowie die Menschenrechte. Darüber hinaus die stabilisierende Rolle der EU bei der Verwandlung Europas von einem Kontinent der Kriege zu einem des Friedens.

## EU-Handeln in der Welt

Dass diese Werte der EU auch bei EU-Aktivitäten außerhalb der Gemeinschaft hochgehalten werden sollen, ist im Artikel 21 des Vertrages über die Europäische Union festgelegt. Dieser Vertrag ist die Grundlage der Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten.

Artikel 21 findet sich unter der Überschrift „Über das auswärtige Handeln der Union“. Er besagt, dass die Union bei ihrem Handeln auf internationaler Ebene von den Grundsätzen geleitet werden soll, die für ihre eigene Entstehung, Entwicklung und Erweiterung maßgebend waren und denen sie weltweit zu stärkerer Geltung verhelfen will: „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der Grundsatz der Solidarität sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts“.<sup>1</sup> Dazu soll die Union eine gemeinsame Politik und Maßnahmen festlegen auf allen Gebieten der internationalen Beziehungen, um u.a.

*„b) Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Grundsätze des Völkerrechts zu festigen und fördern; (...)*

*d) die nachhaltige Entwicklung in Bezug auf Wirtschaft, Gesellschaft und Entwicklung in den Entwicklungsländern zu fördern mit dem vorrangigen Ziel, die Armut zu beseitigen; (...)*

*f) zur Entwicklung von internationalen Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Qualität der Umwelt und der nachhaltigen Bewirtschaftung der weltweiten natürlichen Ressourcen beizutragen, um eine nachhaltige Entwicklung sicherzustellen; (...)*

*h) eine Weltordnung zu fördern, die auf einer verstärkten multilateralen Zusammenarbeit und einer verantwortungsvollen Weltordnungspolitik beruht.“<sup>2</sup>*

Zudem soll sie ihre Sicherheit und Unabhängigkeit wahren, Frieden erhalten, Konflikte verhüten, die Integration aller Länder in die Weltwirtschaft fördern sowie bei Natur-, oder durch Menschen verursachten Katastrophen helfen.

In den einzelnen Bereichen ihres auswärtigen Handelns soll sie auf Kohärenz achten.<sup>3</sup>

Artikel 21 des Vertrages über die Europäische Union gibt der internationalen Zusammenarbeit der EU damit einen klaren Kompass an die Hand, auf welche Grundsätze zu achten ist.

## Anwendungsbereich Internationale Finanzinstitutionen

Ein Bereich, wo dieser Kompass Anwendung finden sollte, sind die internationalen Finanzinstitutionen, an denen die EU beteiligt ist, als Union oder über ihre Mitgliedsstaaten. Die Europäische Investitionsbank (EIB), die Hausbank der EU mit Sitz in Luxemburg, hat alle Mitgliedsstaaten als Anteilseigner. In der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) in London hat die EU über die Kommission einen eigenen Sitz. Aber auch in anderen Institutionen wie Weltbank, Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB) oder Asiatische Infrastruktur Investitionsbank (AIIB), in denen die EU keinen eigenen Sitz hat, sind viele EU Mitgliedsstaaten Anteilseigner und können sich damit für die EU-Grundsätze einsetzen.

Tatsächlich sind Internationale Finanzinstitutionen oft nicht auf dem Radar nationaler Entwicklungs-, Friedens-, Menschenrechts-, oder Umweltpolitiker,

<sup>1</sup> [http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0020.02/DOC\\_1&format=PDF](http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0020.02/DOC_1&format=PDF), S. C 326/28

<sup>2</sup> [http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0020.02/DOC\\_1&format=PDF](http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0020.02/DOC_1&format=PDF), S. C 326/29

<sup>3</sup> ebd.

vor allem nicht als etwas, auf das politisch Einfluss genommen werden kann. Dem Management der Banken mag es gut ins Konzept passen, wenn niemand versucht, ihm hereinzureden.

Wer jedoch eine internationale Perspektive hat und den Anspruch, Grundwerte der EU wie Armutsbe-

*Dem Management der Banken mag es gut ins Konzept passen, wenn niemand versucht, ihm hereinzureden*

kämpfung, Menschenrechte, Demokratie und nachhaltige Entwicklung vorwärts zu bringen, ist gut beraten, sich auch mit internationalen Finanzinsti-

tutionen auseinanderzusetzen und deren Arbeit zu beobachten.

Gerade Deutschland ist in vielen dieser Institutionen ein ernstzunehmender Akteur. Deshalb werden im Folgenden die wichtigsten multilateralen Finanzinstitutionen, an denen Deutschland beteiligt ist, vorgestellt in der Reihenfolge ihrer Gründung. Abgerundet wird diese Vorstellung mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die eine rein deutsche Institution ist, aber eng mit vielen der multilateralen Banken zusammenarbeitet.



Die wichtigsten multilateralen Finanzinstitutionen, an denen Deutschland beteiligt ist.

## Anspruch versus Wirklichkeit: Offenbarungseid Südlicher Gaskorridor

Wie wenig die EU ihren eigenen hehren Ansprüchen gerecht wird, wenn es um wirtschaftliche Interessen geht, zeigt ein aktuell kontrovers diskutiertes Projekt: Der Südliche Gaskorridor soll Gas aus dem aserbaidischen Shah Deniz Feld im kaspischen Meer nach Italien bringen. Das Pipelinesystem erstreckt sich über 3.500 Kilometer und durchquert Aserbaidschan, Georgien, die Türkei, Griechenland und Albanien auf dem Weg nach Italien. Es soll zwischen 10 und 31 Mrd. Kubikmeter Gas nach Italien transportieren. Die Kosten werden auf 45 Mrd. USD geschätzt.

Der Hauptgrund, der für den Bau der Pipeline angeführt wird, ist die Energiesicherheit Europas. Die Kommission hofft, durch den Südlichen Gaskorridor die Abhängigkeit von russischem Gas zu verringern und die Widerstandfähigkeit des Gassystems in Südosteuropa zu erhöhen.

Gleichzeitig wird das Projekt dafür kritisiert, dass die Einnahmen aus dem Gasgeschäft helfen, das repressive Alijew Regime in Aserbaidschan an der Macht zu halten und zu legitimieren. Dort sind Zivilgesellschaft und Medien unter massivem Druck und werden in ihrer Arbeit systematisch behindert. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Menschenrechtsaktivisten willkürlich verhaftet. Viele sind inzwischen nach großer internationaler Kritik wieder auf freiem Fuß, aber auf Bewährung und weiter unter Beobachtung. Die Behinderung der Arbeit von unabhängigen Nichtregierungsorganisationen speziell im Rohstoffsektor führte z.B. dazu, dass Aserbaidschan in der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI), einer Initiative für die sachgerechte Verwendung von Einnahmen aus dem Öl- und Gassektor, unter Druck geriet. Dem Land wurde der Mitgliedsstatus aberkannt und es wurde aufgefordert, die vorgesehene Mitarbeit unabhängiger Zivilgesellschaft wieder zu ermöglichen. Dem kam Aserbaidschan nicht nach und es drohte der Ausschluss. Das Land kam dem durch eigenen Ausstieg zuvor.

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Förderung der Menschenrechte hält die EU-Kommission jedoch in Aserbaidschan keineswegs hoch, im Gegenteil. Internationale Finanzinstitutionen bewilligen freudig Kredite für die Erschließung des Gasfeldes Shah Deniz (EBRD und ADB), den Bau des türkischen Teilstücks Transanatolische Pipeline, TANAP (Weltbank, AIIB, EBRD) und prüfen intensiv die Finanzierung des westlichsten Teilstücks, die Transadriatische Pipeline, TAP. Die EIB, die ebenfalls die Finanzierung von Teilen der Pipeline prüft, erhielt im Juli 2017 Post von der Kommission. Darin drängen Vizekommissionspräsident Maroš Šefčovič und Energie- und Klimakommissar Miguel Arias Cañete den EIB-Präsident Werner Hoyer die Finanzierung endlich zu bewilligen und somit die Unterstützung des Südlichen Gaskorridors durch die Europäische Union fortzusetzen.<sup>4</sup> Demokratische, rechtsstaatliche oder menschrechtliche Bedenken klingen anders.

Dabei ist sowohl fraglich, ob die teure Pipeline in Zeiten abnehmenden Gasbedarfs in der EU überhaupt sinnvoll und wirtschaftlich ist. Und ironischerweise hat sich Gazprom, der russische Gaskonzern, bereits die Möglichkeit gesichert, sein Gas in die Pipeline zu speisen, was das Diversifizierungsziel „Unabhängigkeit von russischem Gas“ ad absurdum führt.

<sup>4</sup> <http://www.climatechangenews.com/2017/11/27/eu-commission-urged-bank-support-azerbaijan-gas-pipeline/>





Foto: Emma Hugues, Platform

Der südliche Gaskorridor stützt und legitimiert das repressive Alijew-Regime in Aserbaidtschan. Hier der verstorbene Vater des aktuellen Präsidenten Ilham Alijew.

## 2. Internationale Finanzinstitutionen - Einführung



Foto: Olexi Pasyuk, Bankwatch

Der Privatsektor soll in die Entwicklungsfinanzierung stärker einbezogen werden, etwa bei Infrastrukturprojekten wie Straßenbau

### Die nachhaltigen Entwicklungsziele

Im Jahr 2015 verabschiedeten die Vereinten Nationen die Agenda 2030 mit 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDG). Dazu gehören 1) Armut beenden, 2) nachhaltige Landwirtschaft, 3) gesundes Leben, 4) Bildung, 5) Geschlechtergleichstellung, 6) Verfügbarkeit von Wasser und Sanitärversorgung, 7) bezahlbarer, nachhaltiger und moderner Energiezugang, 8) dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, 9) Aufbau einer widerstandsfähigen Infrastruktur, 10) Verringerung der Ungleichheit, 11) inklusive, nachhaltige Städte und Siedlungen, 12) nachhaltiger Konsum, 13) Bekämpfung des Klimawandels, 14) Erhaltung der Ozeane, Meere und Meeresressourcen, 15) Schutz der Landökosysteme, 16) leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen und 17) Globale Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung.<sup>5</sup>

Im Prinzip werden in den SDG soziale mit wirtschaftlichen und ökologischen Zielen verbunden, zudem gelten sie für reiche und arme Länder gleichermaßen und gehen auf Fragen von Ungleichheit, Produktions- und Konsummustern ein, sind also relativ umfassend und haben Gerechtigkeitsfragen im Blick. Ihre Umsetzung ist jedoch mit vielen Herausforderungen verbunden. Etwa, wie so verschiedene und potenziell widersprüchliche Ziele wie z.B. Städtebau, dauerhaftes Wirtschaftswachstum und Ökosystemschutz gleichzeitig erreicht werden sollen. Allem voran stellt sich zudem die Frage: „wer soll das bezahlen?“. Denn neue Finanz-

ressourcen wurden für die Erreichung der Ziele nicht erschlossen. Allein im Bereich Infrastruktur in Entwicklungsländern klafft eine Finanzierungslücke zwischen dem Bedarf, der auf 1 bis 1,5 Billionen US-Dollar jährlich geschätzt wird und den tatsächlichen Investitionen<sup>6</sup> für z.B. Verkehrsinfrastruktur, Telekommunikation, Energie- und Wasserversorgung.

### Wunschpartner Privatsektor

Dieses Dilemma soll gelöst werden, indem der Privatsektor noch stärker in die Entwicklungsfinanzierung eingebunden wird. Der Ansatz hat jedoch ganz eigene Probleme. Denn Investitionen in Entwicklungsländern, gerade im sozialen Bereich und dort, wo es um arme Länder oder Regionen geht, sind risikoreich. Damit stehen solche Investitionen den Interessen privater Firmen entgegen, Gewinne zu erwirtschaften. Hier kommen Internationale Finanzinstitutionen ins Spiel. Denn diese sollen helfen Privatkapital zu mobilisieren, indem ihre Beteiligung ein günstiges Investitionsklima schafft und die Risiken des Privatkapitals weitgehend minimiert. Teilweise wird geregelt, dass die Schulden öffentlicher Banken erst nachrangig bedient werden müssen und das umworbene Privatkapital vorrangig zurückgezahlt wird.

### Risikominimierung durch PPP

Gerade im Infrastrukturbereich wird zudem auf die Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor gesetzt auch in der Finanzierung. Das Netzwerk

<sup>5</sup> <http://www.un.org/depts/german/gv-70/a70-11.pdf>, S. 15

<sup>6</sup> Südwind „Agenda 2030 – Nachhaltige Entwicklungsziele (SDG): Die Rolle des Privatsektors“, 12/2016, S. 3

zu Schulden und Entwicklung, Eurodad, definiert solche öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP, oder auch PPP von public-private Partnership) als „*langfristige vertragliche Abmachungen, in denen der Privatsektor Infrastrukturgüter und Dienstleistungen bereitstellt, die traditionell ins staatliche Aufgabenfeld gehören, wie z.B. Krankenhäuser, Schulen, Gefängnisse, Straßen, Brücken, Tunnel, Eisenbahnen, Wasseraufbereitungs- und Abwasseranlagen. Dabei wird das Risiko in irgendeiner Form zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor geteilt.*“<sup>7</sup>

Dieser Ansatz wird von vielen Banken und Fonds unterstützt. Die Hoffnung, dass die Beteiligung privater Firmen die öffentlichen Kassen schont und schneller zu besseren Ergebnissen führt, geht jedoch häufig nicht auf. Stattdessen kommt es immer wieder zu hohen Nutzungsgebühren für Verbraucher und zu Staatsschulden. Etwa, wenn in den Verträgen Mindesteinnahmen garantiert werden, die dann nicht erreicht werden und von den Betreibern eingeklagt werden. Oder wenn Wechselkurse stark schwanken und ein bestimmter Wechselkurs garantiert wurde.

Und obwohl die Probleme von PPP gut dokumentiert sind, setzen Weltbank und regionale Entwicklungsbanken ungebrochen weiter auf dieses Instrument, um weltweit den Ausbau von Infrastruktur vorwärts zu treiben. Die Weltbank schafft dabei einerseits positive Bedingungen für PPP, etwa durch politische Reformen

***PPP werden massiv gefördert, ohne über die damit verbundenen Haushaltsrisiken aufzuklären.***

und einen gesetzlichen Rahmen und finanziert andererseits über ihren Privatarm IFC konkrete Projekte. Eurodad kritisiert, dass die Weltbank zwar enormen Aufwand betreibt, um PPP zu fördern, „*gleichzeitig hat sie vernachlässigt, die Länder öffentlich und deutlich über die Haushaltsrisiken von PPPs aufzuklären und staatliche Finanzierung als Option zu fördern.*“

### **Probleme**

Dies entspricht dem generellen Problem, dass multilaterale Entwicklungsbanken beim sogenannten De-Risking vor allem auf die Risikominimierung für Investoren achten, nicht jedoch darauf, die Risiken für Betroffene zu minimieren. Für die G20 sind Investitionen in große Infrastrukturvorhaben notwendig, um die lahrende Weltwirtschaft anzukurbeln, dabei beweist sie jedoch wenig Weitsicht. „Die G20 macht es sich zu leicht, wenn sie große Investitionen in Infrastruktur be-

schließt, ohne zu bedenken, welche Folgen das für die Menschen und die Umwelt hat“, kritisiert Korinna Horta, Weltbankexpertin bei der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation urgewald.

Für Risikominimierung für Mensch und Umwelt sind im Prinzip die Umwelt- und Sozialstandards der Banken verantwortlich, über die alle multilateralen Banken verfügen. Deren konsequente Anwendung verlangsamt jedoch die Projektbewilligung und damit die Menge an Geld, die vergeben werden kann. Das ist zunehmend unbeliebt. Zumal seit es Konkurrenz in Form neuer

***Das setzt andere Banken unter Druck, ihre Umwelt- und Sozialprüfungszeiten zu verkürzen und die Standards flexibler zu gestalten.***

Akteure gibt, etwa die Asiatische Infrastruktur Investitionsbank (AIIB), mit der China seiner gewachsenen politischen Bedeutung Ausdruck verleiht. Obwohl sie internationale Anteilseigner hat, hat sich China dort einen so großen Anteil gesichert, dass es über ein de-facto Vetorecht verfügt (ähnlich wie die USA in der Weltbank). Die AIIB erhebt den Anspruch, „*schlank, sauber und grün*“ zu sein, vor allem will sie schnell viel Geld vergeben. Das setzt andere Banken unter Druck, ihre Umwelt- und Sozialprüfungszeiten zu verkürzen und die Standards flexibler zu gestalten.

Ein weiteres Problem bezüglich der Umwelt- und Sozialstandards ist die Tatsache, dass viel Geld über sogenannte Finanzintermediäre vergeben wird. Das bedeutet, dass eine große Geldsumme an eine Privatbank oder einen Fonds vergeben wird, der das Geld dann in kleineren Tranchen weiter verteilt. Der Ansatz ist durchaus charmant: teils können damit kleinere Akteure Geld erhalten, die zu klein sind für Kredite der großen Entwicklungsbanken, teils soll dies genutzt werden, um die Kapazitäten von lokalen Banken aufzubauen. Die Finanzintermediäre sind jedoch eine Art „Black Box“, da sie anders als die multilateralen Banken keine Informationen zu den letztendlich finanzierten Projekten veröffentlichen müssen und damit die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards schwer überprüfbar ist.

Um diese Probleme anzugehen und sicher zu stellen, dass die multilateralen Banken eine positive Rolle in der Entwicklungspolitik spielen, ist deshalb wichtig, ihnen regelmäßig auf die Finger zu schauen und sich einzumischen.

<sup>7</sup> <http://www.eurodad.org/files/pdf/1546857-partenariats-public-privé-die-tickende-zeitbombe-entschaerfen.pdf>, S.5  
8 ebd., S.15

## 2.1 Weltbankgruppe

Die Weltbank wurde 1944 gegründet. Heute besteht die Weltbankgruppe aus fünf verschiedenen Institutionen:

- Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (International Bank for Reconstruction and Development, IBRD), die Regierungen von Ländern mittleren Einkommens und kreditwürdigen Ländern geringen Einkommens Geld leiht.
- Internationale Entwicklungsgesellschaft (International Development Association, IDA), die zinsfreie Darlehn und Zuschüsse an Regierungen der ärmsten Länder gibt.
- Internationale Finanzkorporation (International Finance Corporation, IFC), die Geld an den Privatsektor vor allem in Entwicklungsländern gibt und damit Investitionen fördern und Kapital auf den internationalen Finanzmärkten mobilisieren will sowie Unternehmen und Regierungen berät.
- Multilaterale Investitionsagentur (Multilateral Investment Guarantee Agency, MIGA), die ausländische Direktinvestitionen in Entwicklungsländern fördern soll, indem sie Investoren und Kreditnehmern politische Risikogarantien erteilt.
- Internationales Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (International Centre for Settlement of Investment Disputes, ICSID), das eine der Einrichtungen ist, bei denen internationale Investitionsdispute verhandelt werden. Dort wurde z.B. der Fall „Vattenfall gegen das Land Hamburg“ um das Kohlekraftwerk Moorburg behandelt und dort ist der Fall „Vattenfall gegen die Bundesrepublik Deutschland“ um den Atomausstieg anhängig.

**Mandat/Mission:** Extreme Armut bis 2030 beenden und Wohlstand bei den 40 Prozent der Ärmsten in mittleren und einkommensschwachen Ländern fördern.

**Aufgaben/Aktivitäten:** Finanzierungen in den Bereichen Erziehung, Gesundheit, öffentliche Verwaltung, Infrastruktur, Finanz- und Privatsektor-Entwicklung, Landwirtschaft, Management von Umwelt und natürlichen Ressourcen. Darüber hinaus tritt die Weltbank als „Wissensbank“ auf, die Entwicklungsländer durch politische Beratung, Forschung und Analysen sowie technische Assistenz unterstützt. Weltbankanalysen liegen oft den Finanzierungen der Bank zugrunde

**Sitz:** Washington D.C.



**Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:** über 10.000 (ohne Einbeziehung einer großen Anzahl von Consultants)

**Finanzierungsvolumen:** über 61 Mrd. USD im Finanzjahr 2017 (Mitte 2016-Mitte 2017) an bewilligten Krediten, Zuwendungen, Kapitalinvestitionen und Garantien (jeweils ungefähr zu einem Drittel durch IBRD, IDA und IFC<sup>9</sup>)

**Operationsländer:** Lateinamerika und Karibik, Südasien, Ostasien und Pazifik, Europa und Zentralasien, mittlerer Osten und Nordafrika sowie Subsahara Afrika

sowie den Investitionsentscheidungen von Entwicklungsländern. Zudem (ko-) finanziert/organisiert die Weltbank viele Konferenzen und Foren zum Thema Entwicklung.

**Umwelt- und Sozialstandards:** Die Weltbank wird allgemein als Standardsetzer gesehen, ihre Standards sind Referenz für viele andere Finanzinstitutionen. Dabei gelten verschiedene Standards für die verschiedenen Weltbanktöchter.

Für IDA und IBRD gilt das Umwelt- und Sozial-Rahmenwerk, das aus zehn Umwelt und Sozialstandards (Environmental and Social Standards, ESS) besteht: ESS1 Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung; ESS2 Arbeitsbedingungen; ESS3 Ressourceneffizienz und Verschmutzungsvermeidung und –management; ESS4 Gesundheit und Sicherheit von Gemeinwesen; ESS5 Landnutzung und unfreiwillige Umsiedlung; ESS6 Biodiversität und Nutzung von Landressourcen; ESS7: Indigene Völker; ESS8 Kulturerbe; ESS9 Finanzintermediäre; ESS10 Beteiligung und Transparenz.<sup>10</sup>

Für IFC gelten die sogenannten Performance Standards(PS): PS1: Risiko Management, PS2: Arbeit, PS3: Ressourceneffizienz, PS4: Gemeinwesen, PS5: Umsiedlung, PS6: Biodiversität, PS7: Indigene Völker, PS8: Kulturerbe.<sup>11</sup>

<sup>9</sup> Annual Report Weltbank 2017, S. 3

<https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/27986/9781464811197.pdf>

<sup>10</sup> [www.worldbank.org/en/programs/environmental-and-social-policies-for-projects/brief/the-environmental-and-social-framework-esf](http://www.worldbank.org/en/programs/environmental-and-social-policies-for-projects/brief/the-environmental-and-social-framework-esf)

<sup>11</sup> [www.ifc.org/wps/wcm/connect/Topics\\_Ext\\_Content/IFC\\_External\\_Corporate\\_Site/Sustainability-At-IFC/Policies-Standards/Performance-Standards](http://www.ifc.org/wps/wcm/connect/Topics_Ext_Content/IFC_External_Corporate_Site/Sustainability-At-IFC/Policies-Standards/Performance-Standards)

Während in den Standards viel Richtiges steht und Wichtiges geprüft werden soll, ist die Umsetzung immer wieder ein Problem, zumal bei Privatkunden Anforderungen oft dahingehend eingeschränkt werden, dass getan werden soll, was wirtschaftlich machbar und alternativlos ist, was große Schlupflöcher darstellt.

Die letzte Überarbeitung der Environmental and Social Standards für IDA und IBRD, die 2016 beschlossen und ab Januar 2018 schrittweise zur Anwendung kommen soll, zielt darauf, die Weltbank „schneller und effizienter“ zu machen, also Kredite schneller vergeben zu können. Das bedeutet, dass Verantwortung für den Schutz von Mensch und Umwelt zunehmend an die Kreditnehmer abgegeben wird. Darüber hinaus wird nun ein „risikobasierter Ansatz“ verfolgt, was heißt, dass Risiken nicht vor Beginn eines Projektes identifiziert werden müssen, sondern während der Projektdurchführung adressiert werden können. Dabei lehrt die Erfahrung, dass Probleme umso schwerer zu beheben sind, je später im Projektverlauf sie angegangen werden, was für umfassende Prüfung und Planung vor Projektbeginn spricht.<sup>12</sup>

**Anteilseigner:** 189 Mitgliedsländer

**Deutsche Beteiligung mit zuständigen Ministerien:**  
Das BMZ ist federführend für die Weltbankgruppe

verantwortlich und entsendet einen leitenden Mitarbeiter\*in nach Washington als deutschen Vertreter\*in im Weltbank-Verwaltungsrat (executive director). In den Weltbanktöchtern hält Deutschland im Schnitt um vier Prozent des Stimmrechts (IBRD: 4,1%; IDA: 5,4%; IFC: 4,7%; MIGA: 4,2%), das sich an den Einlagen bemisst. Die meisten Stimmrechte halten die USA (zwischen 10,3% bei IDA und 20,1% bei IFC) und Japan (zwischen 8,4% bei IDA und 6,01% bei IFC). Unter den Schwellenländern hat vor allem China großes Gewicht, es hält bei der IBRD mit 4,5% der Stimmrechte sogar mehr Anteile als Deutschland, liegt bei den anderen Weltbanktöchtern aber mit über zwei Prozent hinter Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Übrigens sind China und Indien bei IBRD gleichzeitig die größten Kreditnehmer.

**Aktuelle Trends, Entwicklungen:** Beim One Summit Gipfel in Paris im Dezember 2017 hat die Weltbank angekündigt, ab 2019 kein Geld mehr für Öl und Gasexplorationen auszugeben, um den Zielen des Pariser Klimaabkommens gerecht zu werden. Ausnahmen sind jedoch explizit möglich.<sup>13</sup>

**Webseite:** [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org)



Foto: Martin Zint.

Bohrturm der Tschad Kamerun Öl-Pipeline. Für ihre Finanzierung ist die Weltbank massiv kritisiert worden, was zur Gründung der Extractive Industry Review geführt hat, bei der 2003/2004 die Rohstoffpolitik der Bank auf den Prüfstand gestellt worden ist.

<sup>12</sup> Korinna Horta, „Sorge um die Schwächsten“ E+Z e-Paper Juli 2017

<sup>13</sup> [www.worldbank.org/en/news/press-release/2017/12/12/world-bank-group-announcements-at-one-planet-summit](http://www.worldbank.org/en/news/press-release/2017/12/12/world-bank-group-announcements-at-one-planet-summit)

## 2.2 Europäische Investitionsbank

Die EIB-Gruppe umfasst die Europäische Investitionsbank (EIB) und den Europäischen Investitionsfonds (spezialisiert auf KMU-Finanzierungen). Die Bank wurde 1958 mit den Römischen Verträgen gegründet.

**Mandat/Mission:** Die politischen Strategien der EU durch langfristige Finanzierungszusagen für nachhaltige Investitionsprojekte unterstützen. Wachstum und Beschäftigung innerhalb der EU sowie regionale Integration, Energiesicherheit und den Privatsektor fördern.

**Aufgaben/Aktivitäten:** Vier Hauptbereiche: Innovation und Wissen, KMU (Kleine und Mittlere Unternehmen), Klimaschutz und strategische Infrastruktur. Die Bank vergibt Darlehen, die gerne mit EU-Mitteln kombiniert werden sollen. Darüber hinaus leistet die EIB technische und finanzielle Beratung. Gelder werden an öffentliche wie private Darlehensnehmer vergeben.

**Umwelt- und Sozialstandards:** Die „Umwelt- und Sozialprinzipien und –standards“ sind die Rahmenanforderungen, die Projekte erfüllen müssen. Im „Environmental and Social Handbook“ wird dies ausgeführt in zehn Kapiteln zu Umwelt- und Sozialauswirkungen, Verhinderung und Minderung von Verschmutzung, Biodiversität, Klima, Kulturerbe, Umsiedlung, Rechte und Interessen vulnerabler Gruppen, Arbeitsstandards, Arbeitssicherheit, Beteiligung von Stakeholdern.

**Anteilseigner:** die 28 EU-Mitgliedsländer

**Sitz:** Luxemburg

**Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:** 3.300

**Finanzierungsvolumen:** 76,3,8 Mrd. Euro (2016)<sup>14</sup>

**Operationsländer:** Etwa 90 Prozent der Kredite werden innerhalb der EU vergeben, die restlichen etwa zehn Prozent (7,9 Mrd. Euro im Jahr 2016) gehen vor allem an Heranführungsländer (wie die Ukraine, Türkei) und östliche und südliche Nachbarländer sowie Afrika, karibische und pazifische Länder.



**Deutsche Beteiligung mit zuständigen Ministerien:** Die Federführung für die EIB liegt beim Finanzministerium. Deutschland hält 16 Prozent des Kapitals der EIB und gehört damit mit Frankreich, Italien und Großbritannien, die ebenfalls je 16 Prozent halten, zu den vier größten Anteilseignern.

**Trends, Entwicklungen:** Nachdem die EIB jahrzehntelang sehr unbekannt war und wenig an die Öffentlichkeit berichtete, hat sie in den vergangenen gut zehn Jahren auf Druck von Europäischem Parlament und NGOs reagiert und sich geöffnet. Zum anderen hat sie



Foto: Bob Ramsak

Protestaktion 2012 in Lubljana gegen das von der EIB finanzierte Kohlekraftwerk Sostanj

<sup>14</sup> [www.eib.org/about/key\\_figures/index.html](http://www.eib.org/about/key_figures/index.html)

<sup>15</sup> [www.handelsblatt.com/my/finanzen/banken-versicherungen/foerderbanken-milliarden-an-kapital-fuer-ein-besseres-leben-in-afrika/20573352.html?nlayer=Themen\\_11804704&tiket=ST-8123127-HVyzheUZ5ARbnAQAOab9-ap2](http://www.handelsblatt.com/my/finanzen/banken-versicherungen/foerderbanken-milliarden-an-kapital-fuer-ein-besseres-leben-in-afrika/20573352.html?nlayer=Themen_11804704&tiket=ST-8123127-HVyzheUZ5ARbnAQAOab9-ap2)

in der Finanzkrise an Bedeutung und Profil gewonnen, in der ihr Portfolio enorm angestiegen ist. Zudem ist sie ein wichtiger Player beim Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), einem wichtigen Teil des Juncker-Plans für mehr Investitionen in Europa. Der Fonds ist eine gemeinsame Initiative der Europäischen Kommission und der EIB-Gruppe und soll Mittel aus dem Privatsektor mobilisieren, um Investitionen anzukurbeln. Umweltorganisationen kritisieren, dass zu viele der realisierten Projekte im Autobahnbau und in fossilen Energieprojekten stattfinden, was dem „grünen Image“ widerspricht, das sich die EIB gerne gibt.

Für die Aktivitäten der EIB außerhalb der EU und Nach-

barländer brachte der EIB-Präsident Werner Hoyer im Dezember 2017 die Idee ins Spiel, eine eigene europäische Entwicklungsbank zu gründen, um Investitionen in armen Ländern anzukurbeln.<sup>15</sup>

Im Jahr 2018 steht zudem die Überarbeitung der Richtlinien für die Mittelvergabe im Energiebereich an. Bei der letzten Überarbeitung 2013 hat die EIB einen de facto Ausschluss von Kohlekraftwerksfinanzierung beschlossen. Sie vergibt aber nach wie vor viel Geld im Bereich fossiler Energien, vornehmlich Gas.

**Webseite:** [www.eib.org](http://www.eib.org)

## 2.3 Interamerikanische Entwicklungsbank

Die Bank wurde 1959 gegründet und hat als Ziel, das Leben in Lateinamerika und der Karibik zu verbessern. Durch finanzielle und technische Unterstützung sollen Armut und Ungleichheit reduziert werden, indem Gesundheit, Erziehung und Infrastruktur finanziert werden.

**Mandat/Mission:** Armut und Ungleichheit reduzieren, den Bedürfnissen kleiner und verletzlicher Staaten (Bahamas, Barbados, Belize, Bolivien, Costa Rica, Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Guyana, Haiti, Honduras, Jamaika, Nicaragua, Panama, Paraguay, Surinam, Trinidad und Tobago und Uruguay) gerecht werden; Entwicklung durch Privatsektor-Förderung vorwärts bringen; Klimawandel adressieren, erneuerbare Energien und ökologische Nachhaltigkeit; regionale Kooperation und Integration fördern.

**Aufgaben/Aktivitäten:** Die Bank finanziert in den Sektoren Staatsreform/-modernisierung, Transport, Wasserversorgung und Abwasser, soziale Investitionen, Energie, Finanzmärkte, Erziehung, Gesundheit, Umwelt und Naturkatastrophen, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Stadtentwicklung, KMU-Entwicklung, Handel, Wissenschaft und Technologie, nachhaltiger Tourismus. Kunden sind Zentral-, Provinz- und Stadtregierungen, Privatunternehmen und Nichtregierungsorganisationen.

**Umwelt- und Sozialstandards:** Die IDB verfügt über sechs multisektorale Richtlinien zu Umwelt,

**Sitz:** Washington D.C.

**Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:** 2.000

**Finanzierungsvolumen:** 9,3 Mrd. USD (2016 genehmigte Finanzierungen)<sup>16</sup>

**Operationsländer:** alle regionalen 26 Mitgliedsländer



Naturkatastrophen Risikomanagement, öffentlichen Unternehmen, unfreiwilliger Umsiedlung, Geschlechtergleichheit in der Entwicklung und indigenen Völkern. Darüber hinaus verfügt sie über 20 Sektor-Richtlinien von Landwirtschaft über Arbeit, Gesundheit, Klimawandel, Energie bis Fiskalpolitik und Management.

**Anteilseigner:** 48 Mitgliedsländer, davon 26 aus Lateinamerika und der Karibik

**Deutsche Beteiligung mit zuständigen Ministerien:** Das Entwicklungsministerium hat die Federführung für die IDB. In der IDB dominieren die USA mit 30 Prozent der Stimmanteile. Andere wichtige Player sind Argentinien und Brasilien mit je über 11 Prozent der Stimmanteile sowie Mexiko (7,2%). Deutschland hält unter 2 Prozent der Stimmanteile.<sup>17</sup>

**Webseite:** <https://www.iadb.org/en>

<sup>16</sup> <https://www.iadb.org/en/about-us/key-facts%2C18246.html>

<sup>17</sup> <https://publications.iadb.org/bitstream/handle/11319/7554/IDB-Annual-Report-2015-The-Year-in-Review.pdf?sequence=5&isAllowed=y>, S.31

## 2.4 Afrikanische Entwicklungsbank

Die Afrikanische Entwicklungsbank wurde 1964 gegründet. Zur Afrikanischen Entwicklungsbank Gruppe gehören die Afrikanische Entwicklungsbank, der Afrikanische Entwicklungsfonds und der Nigeria Trust Fonds.

**Mission/Mandat:** Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Fortschritt fördern, um so Armut in Afrika zu reduzieren.

**Aufgaben/Aktivitäten:** Die Bank mobilisiert und verteilt Ressourcen für Investitionen in den regionalen Mitgliedsländern an Regierungen wie auch Privatunternehmen. Darüber hinaus berät sie politisch und technisch bei Entwicklungsbemühungen.

Die Bank nennt fünf Entwicklungsprioritäten, die sogenannten High 5, in denen vornehmlich finanziert werden soll: Energie, Landwirtschaft/Ernährungssicherung, Industrialisierung, regionale Integration und Erhöhung der Lebensqualität („Light Up and Power Africa“, „Feed Africa“, „Industrialize Africa“, „Integrate Africa“ und „Improve the quality of Life for the People

**Sitz:** Abidjan

**Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:** 1.864

**Finanzierungsvolumen:** 10,8 Mrd. USD Bewilligungen 2016 (für die AfDB-Gruppe)<sup>18</sup>

**Operationsländer:** alle afrikanischen Länder



of Africa“).

**Umwelt- und Sozialstandards:** Die auf der AfDB Webseite veröffentlichten Umwelt- und Sozialprüfungs-Prozeduren sind von 2001 und regeln die Prüfschritte, die Verantwortlichkeiten, Konsultations- und Transparenzanforderungen.<sup>19</sup>

**Anteilseigner:** 54 afrikanische und 27 nicht-afrikanische Mitgliedsländer



Foto: Friends of Lake Turkana

Die AfDB hat in den Bau des Gilgel Gibe Staudamms in Äthiopien investiert. Die Anwohner des Lake Turkana in Kenia haben sich gegen das Projekt gewehrt, weil sie fürchten, dass der Damm ihnen wortwörtlich das Wasser abdrehet.

<sup>18</sup> [https://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Generic-Documents/AfDB\\_Annual\\_Report\\_2016\\_EN.pdf](https://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Generic-Documents/AfDB_Annual_Report_2016_EN.pdf), S.ii

<sup>19</sup> [https://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Procurement/Project-related-Procurement/Environmental\\_and\\_Social\\_Assessment\\_Procedures\\_for\\_AfDB\\_Public\\_Sector\\_Operations\\_-\\_June\\_2001.pdf](https://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Procurement/Project-related-Procurement/Environmental_and_Social_Assessment_Procedures_for_AfDB_Public_Sector_Operations_-_June_2001.pdf)

**Deutsche Beteiligung mit zuständigen Ministerien:** Die Federführung für die AfDB liegt beim Entwicklungsministerium. Deutschland hält 4,1 Prozent der Stimmanteile und liegt damit hinter den größeren Anteilseignern Nigeria (8,8%), USA (6,5%), Ägypten

(5,5%), Japan (5,4%), Südafrika (5%) und Algerien (4,2%).

**Webseite:** [www.afdb.org](http://www.afdb.org)

## 2.5 Asiatische Entwicklungsbank

Die Asiatische Entwicklungsbank begann ihre Arbeit Ende 1966. Sie wurde gegründet, um eine Entwicklungsbank zu haben, die im Charakter asiatisch ist und um Wirtschaftswachstum sowie Zusammenarbeit in Asien und den pazifischen Staaten zu fördern.

**Mandat/Mission:** Den Mitgliedsstaaten der Region helfen, die Armut zu reduzieren und die Lebensqualität der Menschen in der Region verbessern.

**Aufgaben/Aktivitäten:** Die ADB vergibt Kredite und Zuschüsse, leistet technische Assistenz und beteiligt sich an Firmenkapital. Kunden können Regierungen und Privatunternehmen sein. Darüber hinaus moderiert sie Politikdialoge, berät und hilft dabei, Finanzen durch Ko-Finanzierungen durch offizielle, kommerzielle und Exportkreditagentur-Quellen zu erschließen. Ziele der Finanzierungen sind Wirtschaftswachstum, ökologisch nachhaltiges Wachstum und die regionale Integration.

**Die Bank finanziert vor allem in den Bereichen:** Infrastruktur (Energie, Transport, Stadtentwicklung, Wasser und Informations-/Kommunikationstechnologie), Umwelt, regionale Kooperation und Integration, Entwicklung des Finanzsektors, Erziehung. Darüber hinaus finanziert die ADB begrenzt auch in den Bereichen Gesundheit, Landwirtschaft und natürliche Ressourcen.

**Umwelt- und Sozialstandards:** Safeguard Policy Statement, das aus drei vorherigen Richtlinien zu Umwelt, Umsiedlung und indigenen Völkern hervorgegangen ist. Darüber hinaus setzt die ADB auf Länder-Safeguard-Systeme. Dabei sollen in den Ländern, in denen Projekte realisiert werden, Regeln aufgebaut werden, um ökologische und soziale Standards einzuhalten. Was einleuchtend klingen mag, ist ein Ansatz, der der Bank hilft, ihre eigenen Regeln nicht anzuwenden. So hofft sie, schneller

**Sitz:** Manila

**Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:** 2.665 (Ende 2016)

**Finanzierungsvolumen:** 31,7 Mrd. USD bewilligte Kredite (2016)<sup>20</sup>

**Operationsländer:** Zentral- und Westasien, Ostasien, Südasien, Südostasien, Pazifik



Kredite vergeben zu können, ein Trend, der auch bei der Weltbank-Gruppe und der AIIB beliebt ist.

**Anteilseigner:** 67 Mitgliedsländer, von denen 48 aus Asien und dem Pazifik stammen

**Deutsche Beteiligung mit zuständigen Ministerien:** Das Entwicklungsministerium hat die Federführung für die ADB. Deutschland ist nach Stimmanteilen mit 3,7 Prozent der größte europäische Anteilseigner, aber kleiner als Japan und die USA (je 12,7%), China (5,4%), Indien (5,3%), Australien (4,9%), Indonesien (4,6%), Kanada (4,4%) und Südkorea (4,3%).<sup>21</sup>

**Trends, Entwicklungen:** Weltbank, EIB und EBRD haben die Finanzierung von Kohlekraftwerken aus Klimagründen beendet oder zumindest massiv eingeschränkt. Die ADB jedoch finanziert Kohle weiter und ist einer der größten internationalen Geldgeber für die Kohle.

Eine Überarbeitung der ADB Umwelt- und Sozialstandards ist für 2019 geplant.

**Webseite:** [www.adb.org](http://www.adb.org)

<sup>20</sup> <https://www.adb.org/sites/default/files/institutional-document/237881/od-appendix1.pdf>

<sup>21</sup> <https://www.adb.org/sites/default/files/institutional-document/237881/oi-appendix1.pdf>

## 2.6 Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Die EBRD wurden 1991 gegründet, um die Länder Zentral- und Osteuropas an das politische und wirtschaftliche System des Westens heranzuführen. Transformation hin zu freier Marktwirtschaft ist damit der entscheidende Auftrag der Bank, den sie auch in Russland und Zentralasien verfolgt. In Folge des arabischen Frühlings 2011 wurde der geographische Fokus der Bank ausgeweitet. Nun gehören auch Tunesien, Ägypten, Marokko, Jordanien, Westbank und Gaza sowie der Libanon zu den Empfängerländern. Durch die Finanzkrise kamen zudem Zypern und Griechenland hinzu.

Die Bank war aktiv in Reformen des Bankensystems, der Preisliberalisierung, der Privatisierung und der Schaffung eines rechtlichen Rahmenwerks für Eigentumsrechte.

**Mandat/Mission:** Förderung von Marktwirtschaft, Mehrparteiendemokratie und Pluralismus.

**Aufgaben/Aktivitäten:** Investitionen im öffentlichen und Privatsektor sowie Beratung, Training und technische Unterstützung.

Investiert wird in Agribusiness, Equity Fonds, Finanzinstitutionen, Informations- und Kommunikationstechnologie, Rechtsreformen, Maschinenbau und Service, Rohstoffe, kommunale Infrastruktur, atomare Sicherheit, Stromerzeugung und Energie, Immobilien und Tourismus sowie Transport.

**Umwelt- und Sozialstandards:** Die EBRD hat in ihrer „Environmental and Social Policy“ (ESP) dargestellt, wie sie Auswirkungen der von ihr finanzierten Projekte prüft. Sie erklärt darin, was ihre Rolle und Verantwortlichkeiten sind sowie was die Aufgaben ihrer Klienten sind. Darüber hinaus setzt sie sich das Ziel, vor allem Projekte mit hohem sozialen und öko-

**Sitz:** London

**Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:** 3.062

**Finanzierungsvolumen:** 9,4 Mrd. Euro (2016)<sup>22</sup>

**Operationsländer:** Zentral- und Osteuropa, Russland, Südosteuropa, Balkanländer, Kaukasus, Zentralasien, Länder des südlichen und östlichen Mittelmeer inklusive Türkei, Griechenland und Zypern



logischen Nutzen zu fördern. Neben den ESP legen die Transparenzrichtlinie und der Beschwerdemechanismus den Umgang der EBRD mit nachhaltiger Entwicklung fest.

**Anteilseigner:** 66 Länder sowie die Europäische Union und die EIB

**Deutsche Beteiligung mit zuständigen Ministerien:** Das Finanzministerium hat die Federführung für die EBRD. Deutschland gehört hinter den USA auf einer Ebene mit Frankreich, Italien, Japan und Großbritannien zu den sechs größten Anteilseignern der EBRD.

**Trends, Entwicklungen:** Im Jahr 2018 will die EBRD alle drei Safeguard Policies, zu Umwelt und Sozialem, Transparenz und zum Beschwerdemechanismus überarbeiten, wie auch ihre Energiesektor-Strategie.

**Webseite:** [www.ebrd.com](http://www.ebrd.com)



Foto: David Hoffman, Bankwatch

Proteste gegen die Beteiligung der EBRD am südlichen Gaskorridor

## 2.7 Asiatische Infrastruktur Investitionsbank

Die AIIB ist die jüngste multilaterale internationale Finanzinstitution mit Beteiligung von Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern. Sie sollte nicht mit der etwa zeitgleich gegründeten „New Development Bank“ verwechselt werden, die von den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) ins Leben gerufen wurde. Die AIIB ist eine chinesische Initiative. Sie wurde 2014 gegründet und startete ihre Arbeit im Januar 2016. Die Institution spiegelt den Wunsch Chinas wider, eine größere Rolle in der internationalen Politik zu spielen.

**Mandat/Mission:** Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung fördern, Wohlstand schaffen und den Infrastrukturzusammenhalt in Asien verbessern. Außerdem die regionale Zusammenarbeit und Partnerschaft verbessern, indem Entwicklungsprobleme angegangen werden und mit anderen multi- sowie bilateralen Entwicklungsorganisationen eng zusammenarbeitet wird.

**Aufgaben/Aktivitäten:** Die Bank gibt als Fokusbereiche ihrer Finanzierung an: Energie und Stromversorgung, Transport und Telekommunikation, ländliche Infrastruktur und landwirtschaftliche Entwicklung, Wasser- und Abwasserversorgung, Umweltschutz, Stadtentwicklung und Logistik. Das Motto der AIIB ist „Lean, Clean & Green“. Sie hat den Anspruch, effizienter zu sein als andere multilaterale Banken. Sie hat allerdings bisher nicht geklärt, wie sie mit einer geringen Anzahl (lean) von Mitarbeitern die Qualität der finanzierten Projekte beaufsichtigen und sicherstellen kann.

**Umwelt- und Sozialstandards:** Rahmenwerk im Januar 2016 verabschiedet mit Verweis auf Umweltprüfungen, Umsiedlung und indigene Völker. Das Rahmenwerk hat jedoch große Schlupflöcher, weil die Bankkunden die Standards in einer Art und Zeitschiene einhalten müssen, die für die Bank akzeptabel ist, ohne dass dies spezifiziert ist. Eine Energiestrategie wurde im Juni 2017 verabschiedet, die sich aufs Pariser Klimaabkommen bezieht, die Finanzierung von Kohleprojekten jedoch weiter zulässt. Transparenzpolitik und Beschwerdemechanismus sind Regelwerke, die noch in Arbeit sind.

**Anteilseigner:** 84 Länder (58 davon sind bereits im Verwaltungsrat vertreten, 38 regionale und 20 nicht-regionale Länder). Die Statuten legen fest, dass der nicht-regionale Stimmanteil unter 25 Prozent gehalten wird, Peking hat ein de facto Vetorecht.

**Deutsche Beteiligung mit zuständigen Ministerien:** Deutschland ist der viertgrößte Anteilseigner. Das Finanzministerium hat die Federführung zur AIIB, ein Vertreter aus dem Finanzministerium vertritt die Mit-

**Sitz:** Peking

**Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:** 79 (Ende 2016)

**Finanzierungsvolumen:** 1,73 Mrd. USD im Jahr 2016 in 9 bewilligten Projekten. Die Bank beschränkt sich im Aufbau im Wesentlichen auf Ko-Finanzierungen.<sup>23</sup>

**Operationsländer:** Asien (Süd-, Ost-, Südost- und Zentralasien), arabische Halbinsel und Nordafrika (in 24 bewilligten Projekten 2016 und 2017)



gliedsstaaten, die der Euro-Zone angehören, im Verwaltungsrat der AIIB. 2016 beschloss der Finanzausschuss des Deutschen Bundestages mit den Stimmen aller Parteien vor der Ratifizierung des Gesetzes zur deutschen Beteiligung an der AIIB, dass die deutsche Regierung die AIIB auffordern solle, ökologische, soziale und menschenrechtliche Standards zu verabschieden, die mindestens den Weltbankstandards entsprechen; die Finanzierung von Kohle- und Atomkraftwerken auszuschließen; Transparenz- und Rechenschaftsrichtlinien zu erlassen und einen unabhängigen Beschwerdemechanismus einzurichten. Die Umsetzung dieser Forderungen gestaltet sich jedoch schwierig.

**Trends, Entwicklungen:** In Anbetracht der schlechten Menschenrechtslage in China, wo die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten enorm eingeschränkt und zum Teil kriminalisiert wird, ist Chinas Dominanz in der AIIB bedenklich. Eine kritische Begleitung der Bank, wie sie bei anderen Internationalen Finanzinstitutionen durch Organisationen und Aktivisten stattfindet, ist damit für regionale NGOs mit hohen Risiken verbunden.

Generell ist die Bank sehr gut darin, internationale und NGO-freundliche Rhetorik zu nutzen. Dahinter versteckt sich das Risiko, dass China mit der AIIB sein eigenes Entwicklungsmodell exportieren wird und damit fundamentale Menschenrechte, wie Rede- und Versammlungsfreiheit sowie Umweltschutz und transparente Regierungsführung schlechte Zukunftsaussichten haben.

Aktuell beschränkt sich die AIIB vor allem auf die Ko-Finanzierung von Projekten. Wie sie ihre eigenen Projekte managen wird, zeigt die Zukunft.

**Webseite:** [www.aiib.org](http://www.aiib.org)

## 2.8 Kreditanstalt für Wiederaufbau

Neben den multilateralen öffentlichen Banken, gibt es auch bilaterale öffentliche Banken mit sehr ähnlichen internationalen Aufgaben. In Deutschland ist dies die KfW-Bankengruppe, deshalb wird sie hier ebenfalls vorgestellt.

**Aktivitäten:** Die Aktivitäten der KfW-Gruppe teilen sich auf in die Förderung innerhalb Deutschlands (KfW-Mittelstandsbank und KfW-Kommunal- und Privatkundenbank) und das internationale Geschäft. 2016 machte die KfW-Bankengruppe Neuzusagen in Höhe von 81 Mrd. Euro, davon 55,1 Mrd. Euro im inländischen Fördergeschäft und 24,9 Mrd. Euro im internationalen Geschäft. Zusätzlich entfielen 1,3 Mrd. Euro auf das Geschäftsfeld Finanzmärkte.<sup>24</sup>

Für den internationalen Geschäftsbereich zuständig sind die KfW Entwicklungsbank sowie die 100-prozentigen Töchter Deutsche Entwicklungs- und Investitionsgesellschaft (DEG) und Internationale Projekt- und Exportfinanzierung (IPEX-Bank).

Die KfW Entwicklungsbank führt im Auftrag der Bundesregierung die Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) durch. Ihr Ziel ist es, Partnerländer darin zu unterstützen, Armut zu bekämpfen, Frieden zu sichern, Umwelt und Klima zu schützen und die Globalisierung gerecht zu gestalten. Die Förderprojekte werden von den Partnerländern vorgeschlagen, auch die Verantwortung für Vorbereitung und Durchführung der Projekte bleibt formal bei den Partnerländern (meist Ministerien, Regierungsbehörden oder andere staatliche Stellen). Die KfW Entwicklungsbank schließt die Verträge ab, vergibt Gelder und begleitet die Projekte über ihre gesamte Laufzeit. Sie ist weltweit aktiv. Die Sektoren, die sie vornehmlich unterstützt, sind wirtschaftliche Infrastruktur und Dienste, soziale Infrastruktur und Dienste sowie Produktionsbereiche.

Der Auftrag der DEG ist es, private Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern zu fördern. Die DEG ist mit der KfW Entwicklungsbank gemeinsam für die Förderung von Entwicklungs- und Schwellenländern zuständig. Die Sektoren, die sie vornehmlich unterstützt, sind Finanzsektor, Industrie, Infrastruktur, Landwirtschaft und Ernährung sowie Dienstleistungen.

Die KfW IPEX-Bank ist der größte der drei KfW-Arme im internationalen Geschäft. Ihr Neuzusagevolumen ist fast doppelt so hoch wie das von KfW Entwicklungsbank und DEG zusammen. Doch im Unterschied

**Sitz:** KfW Entwicklungsbank und IPEX in Frankfurt/Main; DEG in Köln



**Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:** 5.944 in der gesamten KfW-Bankengruppe

**Finanzierungsvolumen:** KfW-IPEX 16,1 Mrd. Euro<sup>25</sup>; DEG 1,6 Mrd. Euro<sup>26</sup> und KfW Entwicklungsbank 7,3 Mrd. Euro<sup>27</sup> Neuzusagen 2016

**Operationsländer:** DEG und KfW-Entwicklungsbank in Europa, Subsahara-Afrika, Nordafrika und Nahost, Asien, Lateinamerika und Karibik. Die KfW-IPEX-Bank ist auch in Industrieländern aktiv, nicht nur international, sondern auch in Deutschland.

zu den beiden anderen Geschäftssparten verfügt die KfW IPEX-Bank über kein Entwicklungsmandat. Ihr Auftrag ist es, die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher und europäischer Unternehmen zu fördern sowie über Finanzierungen die Rohstoffversorgung der deutschen Industrie zu sichern. Da dieser Geschäftsbereich in direkter Konkurrenz zu Privatbanken steht, wurde – nicht zuletzt auf Druck der Privatbanken – die KfW IPEX-Bank 2008 als eigenständige Tochter ausgegliedert und somit die kommerzielle Geschäftstätigkeit von den Förderaktivitäten abgetrennt. Selber bezeichnet sich die KfW IPEX-Bank als Geschäftsbank mit gesetzlichem Auftrag. Die Sektoren, die sie vornehmlich unterstützt, sind Maritime Industrie, Energie und Umwelt, Finanzinstitutionen, Grundstoffindustrie, Industrie, Luftfahrt und Schienenverkehr, Transport und soziale Infrastruktur.

**Umwelt- und Sozialstandards:** Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen (USVP) unterscheiden sich in Art, Umfang und Tiefe und sind in den Nachhaltigkeitsrichtlinien der einzelnen Geschäftsfelder festgelegt. In allen drei internationalen Geschäftsfeldern durchlaufen geplante Finanzierungen eine Art Screening, um festzustellen wie hoch die Umwelt- und Sozialrisiken sind. Je nach Schwere der potenziellen Probleme folgen dann zusätzliche Prüfungen und Maßnahmen mit teils eigenen Umweltverträglichkeitsstudien (USV-Studie) sowie Umwelt- und

<sup>24</sup> <https://www.kfw.de/KfW-Konzern/%C3%9Cber-die-KfW/Gesch%C3%A4ftsbericht-2016/Kennzahlen-und-Finanzberichte/>

<sup>25</sup> [https://www.kfw-ipex-bank.de/PDF/Presse/Download-Center/2017-05-31\\_KfW-IPEX-Bank\\_GB16\\_bf.pdf](https://www.kfw-ipex-bank.de/PDF/Presse/Download-Center/2017-05-31_KfW-IPEX-Bank_GB16_bf.pdf), S.5

<sup>26</sup> [https://www.deginvest.de/DEG-Dokumente/%C3%9Cber-uns/Was-wir-bewirken/Entwicklungspolitische\\_Bericht\\_2016\\_DE.pdf](https://www.deginvest.de/DEG-Dokumente/%C3%9Cber-uns/Was-wir-bewirken/Entwicklungspolitische_Bericht_2016_DE.pdf), S.2

<sup>27</sup> <https://www.kfw.de/KfW-Konzern/%C3%9Cber-die-KfW/Gesch%C3%A4ftsbericht-2016/Brief-des-Vorstands/>

Sozialmanagementplan (USMP). Die Prüfungen dienen dazu, negative Auswirkungen weitestgehend zu verhindern, abzuschwächen oder auszugleichen, nicht jedoch dazu, Projekte wegen möglicher schwerwiegender Auswirkungen abzulehnen. Wenn Projekte aus diesen Gründen abgelehnt werden, passiert dies zu einem früheren Zeitpunkt.

Die KfW präsentiert sich gerne als „Bank aus Verantwortung“ und betont ihr sozial-ökologisches Engagement. Überprüfen lassen sich diese Behauptungen jedoch nicht, denn in Sachen Transparenz hinkt die KfW anderen öffentlichen Banken hinterher. Sie hat zwar auf massive NGO-Kritik reagiert, so dass die DEG und KfW-Entwicklungsbank nun Informationen zu Projekten veröffentlichen, die sie finanzieren. Aber selbst die veröffentlichten Projektinformationen beziehen sich stets auf bereits bewilligte Projekte, anders als bei multilateralen Banken, die gewöhnlich Projekte bereits vor der Entscheidung über eine Finanzierung veröffentlichen. Die IPEX-Bank veröffentlicht keine Projektinformationen und zieht sich auf ihre Position als Geschäftsbank zurück.

**Anteilseigner:** 80 Prozent Bund und 20 Prozent Bundesländer.

**Beteiligung und zuständige Ministerien:** Der Verwaltungsrat der KfW überwacht die Geschäftsführung

und Vermögensverwaltung der Bankengruppe. Er bestellt u.a. Mitglieder des Vorstands, genehmigt den Jahresabschluss und die Planung.

Den Vorsitz hat die Wirtschaftsministerin, Stellvertretung der Finanzminister. Darüber hinaus gehören zum Verwaltungsrat der Außenminister, die Umweltministerin, der Landwirtschaftsminister und der Entwicklungsminister sowie Ministerpräsidenten und Minister der Länder, Wirtschaftsvertreter, Verbandsvertreter, Gewerkschafter und Abgeordnete des Bundestages.

**Trends, Entwicklungen:** 2015 hat die KfW nach massivem Druck aus Parlament und Zivilgesellschaft ihre Richtlinien für die Finanzierung von Kohlekraftwerken geschärft. Die KfW-Entwicklungsbank vergibt seitdem keine Gelder mehr für den Neubau von Kohlekraftwerken. Die KfW IPEX Bank kann jedoch den Neubau von Kohlekraftwerken weiterhin finanzieren, wenn es sich um „besonders effiziente“ Anlagen handelt, was hinter den Kohleausstiegsentschlüssen von Weltbank, EIB und EBRD zurückbleibt.

**Webseite:** [www.kfw.de](http://www.kfw.de)



Foto: Lucie Pinson, FoE France

Das gigantische Kohlekraftwerk Kusile in Südafrika wurde 2008/2009 u.a. von der KfW IPEX Bank mitfinanziert. Betreiber Eskom erhielt noch 2016 einen Kredit u.a. von der KfW IPEX Bank.

